



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2021
HHA

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Keine Erhöhung der Fördergelder für die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 11

Bezeichnung lt. Leistungsplan **Angelegenheiten des Ausländerrechts**

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	32.123,1	-2.000,0	30.123,1
Eigene Erlöse	15,4	0,0	15,4
Produktabgeltung	32.107,7	-2.000,0	30.107,7

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die AfD-Fraktion fordert die ersatzlose Streichung von zusätzlichen 2 Mio. Euro, die für die weitere Förderung der freiwilligen Rückkehr von nicht bleibeberechtigten Ausländern in ihre Heimatländer eingeplant sind.

Ein souveräner Rechtsstaat muss dafür Sorge tragen, dass Gerichtsentscheidungen auch umgesetzt werden und sei es durch polizeiliche Maßnahmen.

Die Rückkehr von nicht bleibeberechtigten Ausländern sollte nicht durch monetäre Zuwendungen bewerkstelligt werden. Dies kann für direkt Betroffene und ihre Umgebung in den Heimatländern ein Anreiz werden, dieses Verfahren zu missbrauchen.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou